

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1538  
Groschoße Riesa Nr. 52.

Nr. 14.

Dienstag, 17. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Auslagen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 2.— Mark. Ortspreis 1.75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachdruck- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Sächsische Landesobst- und Weinbauverein hat sich eine größere Menge Geschoßkörbe aus Weibengestalt 39 cm hoch, 14—15 cm Durchmesser, lagernd auf Treppenaufhängesplatt Reithain, geliefert, die sich zu Baum- und Weinstaub eignen und mit etwa 6 Pf. das Stück ab Lager abgegeben werden können.

Bei dem billigen Angebot wird den Obstbaum- und Weinbergbesitzern dringend empfohlen, Bestellungen umgehend an den Unterzeichneten einzureichen.  
Bezirksobstbauverein Großenhain, 16. Januar 1922.  
Dr. U. H. Lemann, Vorsitzender.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 17. Januar 1922.

— In dem Auftreten eines Einmissetebers in unserer Stadt, worüber gestern berichtet wurde, ist noch ergänzend mitzuteilen, daß als Täter nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen offenbar der Schreiber Günther Curt B., 18. Februar 1886 in Leipzig geboren, in Frage kommt. Er hat, wie festgestellt worden ist, bereits in Aue, Wurzen, Leipzig usw. Einmisseteibehälter schwerer Art verübt und ist hierbei unter verschiedenen Namen aufgetreten. Die hier geforderten Taschentücher hat er, wie ebenfalls festgestellt werden konnte, am Sonnabend vormittag in der 11. Stunde auf der hiesigen Wilhelmstraße und auf dem Kaiser-Wilhelmplatz feilgeboten. Es wird gebeten, daß die Verlenen, die von ihm Taschentücher gekauft haben, sich bei der Kriminalpolizei melden, was auch in ihrem eigenen Interesse liegt, da sie andernfalls zu gewärtigen haben, wegen Hehlerei in die Angelegenheit verwickelt zu werden. Bei der Ergreifung und Vernehmung des Täters würde sich schließlich doch feststellen lassen, wer von ihm Taschentücher gekauft hat.

— Gruppenversammlung und Ballfestlichkeit des Niedersächsischen Gärtnervereins. Der Einladung zu diesem Tage war eine reiche Zahl Mitglieder gefolgt. Anlässlich einer neuen Gründung einer Gruppe Riesa vom Verband deutscher Handelsgärtnervereins schloß sich an die Versammlung die Ballfestlichkeit im herrlich geschmückten Saale (jeder Tisch kreuzte sich seines Blumenmummes) des Wettiner Hof. Zur Erhöhung der Festlichkeit trug das in seiner Güte bekannte Konzertensemble des Herrn Obermusikmeister Simmler bei. Die Pianolemer Blumenmädchen, ein Reigen, von 4 Damen in prächtiger Verkleidung ausgeführt, und der Saalreigen am Schluß des Programms mit der Heberfülle von Blumenpracht waren Glanzleistungen. Das höchste Lob gebührt aber wohl der Sängerin des Abends, Fräulein Annemarie Wittner, die mit ihrer edlen Stimme, Mezzosopran, und ihrer ausgezeichneten Vortragsart alle Zuhörer fesselte. Ihr Begleiter, Herr W. Böhmig, spielte gut und mitempfindend. Sie sang 2 Liebesernten Charaktere, „Maria Wiegand“ von Meyer und „Weylas Gesang“ von Hugo Wolf, und 2 Beitere von Brahms, „Sonntag“ und „Dort in den Weiden“. Ein Lustspiel, „Dobbe Käthe“, ergänzte die etwa noch fehlende Stimmung. Noch lange hielt der Abend die Fröhlichkeit beisammen.

— Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zu den Feuerungsverhandlungen. In der gestrigen Sitzung des Vorstandes und der Funktionäre der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, wurde zu dem Ergebnis der Berliner Feuerungsverhandlungen Stellung genommen und dazu nachstehende Entschliessung gefaßt: Es wird anerkannt, daß die Unterhändler der Spitzenorganisationen mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Das Ergebnis der Verhandlungen muß aber für die gesamte Beamtenschaft und Arbeiterchaft der Reichs- und Staatsbetriebe als durchaus unbefriedigend angesehen werden, und es wird erwartet, daß der Reichstag, dem das Entschliessungsrecht zusteht, das bisherige Ergebnis durch Bewilligung nachstehender Forderungen verbessert: 1. Anpassung des Einkommensverhältnisses. 2. Gewährung von Dienstalterszulagen an Handwerker und Arbeiter. 3. Weitergehende Berücksichtigung aller Ruhestandler und Rentenerwärtiger. Mit besonderer Nachdruck wurde betont, daß die gesamte Arbeitnehmerchaft in Reichs- und Staatsbetrieben nicht gemüht ist, künftighin weiter die Kosten der Erfüllungspolitik der deutschen Regierung der Entente gegenüber zu tragen. Vom Reichstag und von der deutschen Regierung wird Berücksichtigung dieses Umstandes bestimmt erwartet. Die ungeschickte Taktik des Deutschen Beamtenbundes wird besonders verurteilt und es darf wieder unter keinen Umständen bei künftigen Aktionen wieder die Führung übertragen werden, da der D. B. B. zu einer solchen nach den bisherigen Erfahrungen nicht geeignet erscheint. — Der Gesamtverband der deutschen Beamten und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der dem Christlichen deutschen Gewerkschaftsbund angegeschlossen ist, hat dem Reichstage eine Eingabe über die Besoldungsfrage zugehen lassen. Darin wird eine Neuregelung der Grundgehälter unbedingt gefordert. Die von der Regierung vorgeschlagene Aufbesserung durch eine Erhöhung der Feuerungszulage sei unzureichend. Als Mindestbetrag einer erteilbaren Aufbesserung werden 3800 Mk. jährlich genannt und vorgeschlagen, daß von dem Anfangsbetrage von 12 000 Mk. an Grundgehalt zusätzlich Ortszuschlag ein weiterer Feuerungszuschlag von 30 Prozent eingeräumt wird. Für die Arbeiter wäre die Erhöhung entsprechend zu regeln. Verlangt wird ferner eine Erhöhung der Kinderzulage.

— Aus der Tätigkeit der Handelskammer. In einer Eingabe an die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden trat die Handelskammer Dresden für die Einführung von Gütern auf den Strecken von und nach Dresden ein. Außerdem möchte, wenn jetzt Bahnverkehrsarbeiten zufolge beschleunigte Personenzüge mit dritter und vierter Klasse eingeführt werden, auch das verkehrsreiche Sachsen, namentlich Dresden als Mittelpunkt, unbedingt berücksichtigt werden. — Auf Grund von Klagen über den Ausfall verschiedener Rüge, besonders über den Wegfall der wichtigen Rüge 106/107 auf der Strecke Dresden—Reichenbach, fragte die Kammer bei der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden an, auf wie lange Zeit dieser Ausfall vorgesehen

und nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der ausfallenden Rüge getroffen worden sei. — Die Eisenbahn nimmt verschiedentlich Waren, obwohl sie handelsüblich verpackt sind, zur Beförderung nur an, wenn sie der Versender als mangelhaft verpackt anerkennt und damit auf die ihm andernfalls zustehenden Erlassungsansprüche aus § 88 der Eisenbahnverkehrsordnung gegen die Eisenbahn verzichtet. — Auf eine entsprechende Rundfrage des deutschen Industrie- und Handelslages berichtete die Kammer, daß sie auf Klagen aus ihrem Bezirke schon des öfteren gegen die verkehrliche Handhabung der Bestimmungen in der Eisenbahnverkehrsordnung Einspruch erhoben habe, bisher jedoch ohne Erfolg. — In einem dem sächsischen Wirtschaftsministerium erstatteten Gutachten erklärte die Kammer, daß sie trotz der schlechten finanziellen Lage Deutschlands grundsätzlich mit dem Entwurfe eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung einverstanden sei, wenn mehrere von ihr vorgeschlagene Änderungen an dem Entwurfe vorgenommen werden.

— Eine Täuschung der Öffentlichkeit. Die Nachrichtenstelle der Sächs. Staatskanzlei teilt mit: Das Kultusministerium teilt mit: Vor einigen Tagen hat die Hof. Ztg. Betrachtungen über Absichten und Absichten der Unterrichtsministerien der einzelnen deutschen Länder veröffentlicht, die angeblich auf direkten Informationen aus den Ministerien beruhen. Die Angaben über das sächsische wurden mit folgenden sonderbaren Bemerkungen eingeleitet: „In Abwesenheit des Ministers, der an einer sozialdemokratischen Konferenz teilnimmt, wurde ihrem Korrespondenten im Kultusministerium folgende Auskunft erteilt: — Die „Auskunft“, die dieser Einleitung folgt, ist so unzulänglich, irreführend, die Tatsachen entstehend, daß sie bei jedem Kenner der Verhältnisse Kopfschütteln erregen muß. Sie wurde trotzdem in der Leipziger Vebereitschaft abgedruckt und mit einem längeren Kommentar versehen, in dem der „ominöse Geheimrat“ — dem man nachgerade jede Schlichtigkeit zutraut, natürlich eine Rolle spielt. — Demgegenüber sei festzustellen: Keiner der in Betracht kommenden Beamten im sächsischen Kultusministerium, aber auch keine andere behördliche Stelle, hat diese Auskunft gegeben. Selbstverständlich ist auch, daß jeder Beamte, der hinter dem Rücken des Ministers derart verfährt, in seiner Stellung unmöglich würde. Die Auskunft ist aus einer kurzen mündlichen Information entstanden, die im Umfang von 3 Schreibzeilen dem Korrespondenten telefonisch übermittelt worden ist. Sie war rein sachlicher Art. Für die zahlreichen Aufträge, die voller Unrichtigkeiten sind, muß jede Verantwortlichkeit abgelehnt werden. Unter diesen Umständen sind alle an die ominiöse Auskunft geknüpften Schlussfolgerungen völlig gegenstandslos. Im übrigen hat das Kultusministerium selber Gelegenheit genommen, sich in der sächsischen Staatszeitung über die Richtlinien seiner Politik eingehend auszusprechen.

— Regierung und Wirtschaft. Vom Verband Sächsischer Industrieller wird uns geschrieben: Der Verband Sächsischer Industrieller hat schon wiederholt Gelegenheit gehabt, darauf hinzuwirken, daß in die Regierung berufene Politiker in der Öffentlichkeit häufig Äußerungen tun, deren Tragweite sie annehmend vorher nicht genügend abwägen, sodah ihre Wirkung dann leider nur zu oft störend in das Wirtschaftsleben eingreift. So hat neuerdings wieder der Reichsanwalt Dr. Wirth eine Äußerung durch die Presse geben lassen, wonach im Laufe des Jahres eine neue Feuerungsstelle zu erwarten sei. Hierzu ist zunächst tatsächlich zu bemerken, daß zwar im letzten Vierteljahr des abgelaufenen Jahres eine außerordentliche Feuerung eingeleitet hat, auf die sich auch die Gehalts- und Tarifverhältnisse umgestellt haben, daß man aber im Januar bisher von einem neuen Ansteigen der Feuerung noch nichts gemerkt hat. Wie dem aber auch sei, so ist unbedingt zu fordern, daß man an maßgeblicher Stelle das Eintreten einer Feuerung zunächst ruhig abwartet; sobald sie tatsächlich konstatiert wird, ist Zeit genug, ihr Rechnung zu tragen. Äußerungen, wie die des Reichsanwalters Wirth, sind dagegen geeignet, das Wirtschaftsleben zu stören. Es werden dann insbesondere, wie die Erfahrung zeigt, bisher befriedigend verlaufene Tarifverhandlungen plötzlich wieder abgebrochen oder neu aufgeworfen mit Hinweis darauf, daß, wenn von einer an höchster Stelle des Reiches stehenden Persönlichkeit, die über die Verhältnisse doch orientiert sein müsse und die klar auch die Tragweite ihrer Äußerungen ermessen könne, eine neue Feuerung vorausgesetzt wird, dann auch sofort auf diese noch gar nicht eingetretene Feuerung Rücksicht genommen werden müsse. Wer jemals an derartigen Tarifverhandlungen mitgearbeitet hat und wer weiß, wieviel Geduld und Mühe dazu gehört, um derartige Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, der kann beurteilen, welchen Schaden solche im unrichtigen Augenblick getane Äußerungen möglicherweise Stellen anrichten. Leider fehlt, wie eingangs gesagt, diesen Stellen häufig das Gefühl und die Einsicht für diese Wirkungen, und es kann deshalb nicht oft genug auf das Unzweckmäßige eines solchen Vorgehens hingewiesen werden.

— Berettigung und Verbessung. Schon oft hatte es sich gezeigt, daß das bloße Vorhandensein der Technischen Nothilfe sowie ihre neutrale Stellung zwischen den kampfbereiten Wirtschaftsparteien genügt, um die Allgemeinheit vor Schäden durch Nichtberücksichtigung von Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben zu bewahren. So brachte auch wieder die jüngste Vergangenheit mehrere Fälle, in welchen es den Leitern einzelner Nothilfegruppen gelang, durch Einwirkung der zu nahen von Notstandsarbeiten durch die Arbeiterchaft selbst zu

erzischen. Dafür einige Beispiele: Am 3. Dezember 1921 trat die Belegschaft des Heberlandwerkes Eichenborn in Bayern infolge von Differenzen mit dem Werkleiter in den Streik. Ungefähr 100 Ortschaften erhielten in der Nacht noch Kraft. Es wurde daher die Technische Nothilfe aufgegeben, die zusammen mit einer Kommission des Schlichtungsausschusses Landshut alsbald im Wert eintrif. Durch die an Ort und Stelle aufgenommenen Verhandlungen war es möglich, die Arbeiter zur Annahme der Nothilfsarbeiten zu veranlassen. Ein ähnliches Resultat hatte die Tätigkeit der Nothilfe im Anker Transportarbeiterstreik (Anfang Dezember 1921). Dori war infolge des Ausfalles der Brotverorgung ins Stocken geraten. Durch die anschließenden Verhandlungen mit der Gewerkschaft, zu der auch Vertreter der Technischen Nothilfe hinzugezogen wurden, konnte erreicht werden, daß die Nothilfe für alle Bäckereien sichergestellt wurde. Auch hier konnte so das letzte Mittel, der Einmarsch, vermieden werden. Dem gleichen Erfolge hatte die Nothilfe in Wittenholzen (Unterfranken) als hier ein Streik der Landarbeiter ausbrechen drohte, erklärte der dortige Ortsgruppenführer der Technischen Nothilfe sich zur Verfügung der Nothilfsarbeiten bereit, und es gelang so, die Gefahr einer Unterbrechung der Nahrungsvorgung abzuwenden.

— In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates vom 10. Jan. wurden unter anderem folgende Gegenstände beraten: Die Beschlüsse gefaßt: Jeweils allgemeiner Vertretung der Kenntnis über die Unfallverhütungsvorrichtungen in der Landwirtschaft und über die Aufgaben der Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen wird der Landeskulturrat in den landwirtschaftlichen Schulen außerhalb des Lehrplanes Vorträge und Ausreden über diesen Gegenstand abhalten lassen. — Dem besonders in den letzten Tagen zutage getretenen Bedürfnis nach einem tieferen Zusammenarbeiten zwischen Technik und Landwirtschaft wird der Landeskulturrat dadurch Rechnung tragen, daß er zunächst einen Sonderausschuß einsetzt, der die einschlägigen Fragen unter Hinzuziehung bewährter Sachverständiger durchberaten soll. — Zur Bekämpfung der gerade in diesem Jahre außerordentlich großen Konjunkturgelahr wird der Landeskulturrat für die Privatwohnungen einen größeren Betrag für die Jahre 1922/23 zur Verfügung stellen unter der Voraussetzung, daß die Staatsregierung auch ihrerseits für die Durchführung der Bekämpfungsmassnahmen in den Privatwohnungen entsprechende Mittel bereitstellt. — Ueber die Durchführung des Baues von Landarbeiterwohnungen unter Verwendung der vom Reiche und den Ländern zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel fand eine ausführliche Aussprache statt mit dem Ergebnis, daß der Landeskulturrat Richtlinien über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eines allgemeinen Vertretung in der sächsischen Landwirtschaft in einer der nächsten Nummern der Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht wird. Gleichzeitig wird der Landeskulturrat dem Wirtschaftsministerium entsprechende Vorschläge unterbreiten, durch die die bisher nur in wenigen Fällen ausgeführte Bau von Landarbeiterwohnungen eine wesentliche Förderung erfahren kann. — Zur Aussprache stand ferner eine Vorlage des Wirtschaftsministeriums über die Erhöhung der Deckschuld. — Zu dem Entwurfe eines Gesetzes über die Entschädigung der an Beschäftigten der Reichsämter unter gleichzeitiger weitergehender Berücksichtigung der Entschädigungsansprüche des Privatbürokrats befragt werden soll, sowie über die Änderung des Gesetz über die Entschädigung der an öffentlichen Beamten unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Entschädigungsansprüche des Privatbürokrats befragt werden soll, sowie über die Änderung des Gesetz über die Entschädigung der an öffentlichen Beamten unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Entschädigungsansprüche des Privatbürokrats befragt werden soll.

— Der Landesheimatenausschuß der sächsischen Gewerkschaften, der bisher seinen Sitz in Chemnitz hatte, ist am 1. Januar 1922 nach Dresden verlegt worden, um ständig in enger Fühlungnahme mit dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — und der Landesheimatengesellschaft arbeiten zu können. Herr Dr. Wagner, der bisherige nebenamtliche Leiter des Ausschusses, ist nunmehr hauptamtlich zum Geschäftsführer bestellt. Es wurde dies in erster Linie dadurch ermöglicht, daß sowohl das Ministerium des Innern als auch die Landesheimatengesellschaft „Sächsisches Heim“ erhebliche materielle Unterstützung geleistet haben. In seiner ersten Sitzung in Dresden begrüßte der Vorstand des Landeswohnungsamts, Ministerialrat Dr. Bollmer, die Mitglieder des Ausschusses und wies auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem Ausschuss hin, der das Bindeglied zwischen Regierung und Bevölkerung bilden sollte. Aufgabe des Ausschusses wird in erster Linie die praktische Ausfertigungstätigkeit sein. Die Geschäftsstelle des Ausschusses in Dresden-A., Ransbühlchen 1, 2. (Fernsprecher 2586, Sammelnummer des Landeswohnungsamtes) erteilt in Siedlungsfragen Auskunft und übernimmt vor allem Aufklärungsarbeiten bei den dem Heimatenausschuß angefallenen Angelegenheiten. Dem Ausschuss gehören an: der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund (Afa), der deutsche Beamtenbund, der deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund (Hirsch-Danferische Gewerkschaft und Gewerkschaftsbund der Angestellten). Da jede Verfestigung des Stellungswesens vermieden werden muß, hat sich der Ausschuss bemüht, auch die Kreisbeschäftigtenvereinigungen zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen. Erfreulicherweise



Abgabe von 15 000 Wagen an Frankreich. In der nächsten Zeit wird zwischen Polen und Frankreich ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach Frankreich von Polen 15 000 Wagen erhält.

### Republik Österreich.

Eine Erklärung der Regierung. Gegenüber dem Beschlusse der Vertretung der großrussischen Volkspartei veröffentlicht die Regierung eine Erklärung, welche die Gründe für ihr Verhalten in der Frage des Abkommens von Rana darlegt. In den Schlussätzen lautet sie dahin, daß die Regierung sich verpflichtet fühlte, das Abkommen einer vertragsmäßigen Behandlung auszuführen, wobei sie sich der Hoffnung hingibt, daß eine nochmalige genaue Überprüfung des Abkommens die Haltung der Regierung rechtfertigen werde.

### Rußland.

Petersburg vom 17. Januar. Die Petersburger Presse haben in einer Versammlung eine Entschlüsselung gefordert, wonach Petersburg als von der Choleraepidemie bedroht zu erklären ist. Die Erklärung soll die Einreise unbedingt verboten werden. — Der Rat der Volkskommissare hat das Angebot der Staatsbank, dem Volkskommissariat für Landwirtschaft hundert Millionen Rubel zur Weiterverleihung an die Bauern zur Saatzeit vorzutreten, angenommen. — Wie aus Kasanlarst gemeldet wird, ist die Eisenbahn Kasan—Minninsk (am Jenissei) bis zur Station Marijowo 124 Werst von Kasanlarst fertiggestellt. Im letzten Jahre sind 50 Werst erbaut worden.

Erhebung einer Sondersteuer für die Sangerländer. Der Moskauer Sowjet beschloß, für die Sangerländer Russlands während einer Woche für Theater, Musikspielarten eine Steuer von 10% zu erheben. Während dieser Zeit werden die Straßenbahnarten mit einer Steuer von 1000 Rubel für jede Karte belegt.

### England.

Verchiebung der Neuwahlen. Der politische Berichterkatter des „Daily Chronicle“ schreibt: Nach seiner Rückkehr aus Cannes besprach Lloyd George mit Chamberlain und anderen Mitgliedern der Regierung die Verchiebung der politischen Wahlen in England. Man glaubt nicht, daß Neuwahlen vor dem Ende des Sommers stattfinden.

### Sina.

Die Politik des neuen chinesischen Kabinetts. Die chinesische Gesandtschaft in Berlin erhielt ein Telegramm des Premierministers Viano-Schih-Pi vom 7. Januar, in dem es heißt: Die Beziehungen Chinas zu den Mächten sind in den letzten Jahren seit der Veränderung in der Regierungsform sehr freundschaftlich gewesen. Das chinesische Volk hegt den Wunsch, daß die moderne Zivilisation unter ihm Verbreitung finde, und hofft gleichzeitig, daß das Kapital außerhalb und innerhalb Chinas zirkulieren wird, damit die reichen Quellen, die bisher unberührt waren, erschlossen werden können. Das ist eine Brücke für eine Annäherung zwischen dem fernen Osten und dem Westen und trägt dazu bei, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Mächten zu befestigen. Die Konferenz in Washington bedeutet in der Hauptsache die Erhaltung des dauernden Friedens sowohl im Stillen Ozean, wie auch im fernen Osten. Es ist der ernste Wunsch und die Hoffnung Chinas, jene durchaus notwendigen Hoheitsrechte, die jedem unabhängigen Staat zugesprochen werden, und den Zustand internationaler Gleichheit und Unparteilichkeit zu genießen, die bestehenden internationalen Unsicherheiten zu entfernen und künftige Streitigkeiten zu vermeiden. China hofft, daß alle Hauptfragen betreffs der Stellung Chinas in den drei Mitteln Provinzen ihre Erledigung finden. Das neue Kabinet erklärt sich mit den Vorkäufen ihrer Delegierten in Washington vollkommen einverstanden. Es hofft ferner, daß die noch ausstehenden, die innere Lage betreffenden Fragen mit den Mächten, welche einen dunklen Schatten auf die freundschaftlichen Beziehungen geworfen haben, durch eine faire und gerechte Lösung beseitigt werden. China befindet sich in einer Uebergangsperiode und paßt sich schnell der neuen Lage an. Die Eigentümlichkeit des chinesischen Volkes, besetzt durch eine vielhundertjährige Erfahrung, wird sich wie in der Vergangenheit als fähig erweisen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und ein starkes und vereinigtes China wird nicht nur sich, sondern auch der Welt von Nutzen sein. Wenn die Generale der Regierung und des Volkes sich nicht durch die Furcht vor fremden Angriffen verzerrt, und wenn die jetzigen Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte entfernt sind, so ist sich das neue Kabinet seiner bevorstehenden schweren Aufgabe vollkommen bewußt, aber die bestehenden Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 17. Januar 1922.

### Die Forderungen der Beamten im Reichstage.

Berlin. Der Deutsche Beamtenbund teilt mit, daß die geforderte Neuregelung der Beamtenbesoldung und der Steuerpflichtigen den Reichstag demnächst beschäftigen werde. Die entsprechenden Anträge liegen ihm bereits vor.

### Ein Kongreß für Bevölkerungsstatistik.

Wien. Ein Kongreß für Bevölkerungsstatistik und Volksmobilität wird vom 23. bis 27. Januar jeweils um 7<sup>1/2</sup> Uhr abends im Städtischen Saalbau abgehalten, auf dem zum erstenmal namhafte Ärzte, Volkswirtschaftler und Juristen öffentlich Stellung nehmen werden zu den Fragen der Medizinalpolitik und der Volksmobilität, sowie zu den kommenden Vorlesungen, die für jedermann von einschneidender Bedeutung sind. Vorträge werden gehalten am 23. Januar der Bibliothekar des Reichstages Dr. phil. Paul Kirchner über das Thema: Was heißt unsere deutsche Volks- zu seiner Wiedergeburt?, am 24. Januar Dr. med. et phil. Hermann Lemke (Berlin), approb. prakt. homöopathischer Arzt, über: Volkseigenen und Volksmobilität, am 25. Januar Dr. med. et phil. et jur. et dent. Hammer (Berlin), Facharzt für Nerven-, Frauen-, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Gerichts- und Irrenarzt, über: Die deutsche Krankenversicherung und die Volksmobilität, am 26. Januar derselbe über: Reform des Krankenversicherungswesens in volkswirtschaftlicher, juristischer und ärztlicher Beziehung, wie auch Irrenrechtsreform, am 27. Januar M. G. G. Gottlieb (Weidberg), erster Bundespräsident des Verbandes für Varietät der Heilmethoden, Medizinalrecht und Medizinalpolitik, über: Die gefährdeten Rechte des Kranken und der Krankenmitglieder in den kommenden Jahren.

### Explosion auf einem deutschen Dampfer.

London. Ein Fischdampfer landete gestern in Dombrook die Ueberlebenden von der Besatzung des deutschen Dampfers „Lesta“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Lissabon begriffen war. Der Dampfer war am frühen Morgen in Brand geraten, worauf eine Explosion erfolgte. Elf Mann der Besatzung wurden durch die Explosion getötet oder sind ertrunken.

### Eine Intervention im französischen Senat.

Paris. Der Senator des Haas-Departements, Paul Besancon, hat an den Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Herr Ministerpräsident, es erscheint Ihnen zweifellos nötig, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein Meinungs-austausch im Senat über unsere auswärtige Politik eröffnet wird. Zu diesem Zweck und mit dem Gefühl des Interesses zu dem ich mich erwidern möchte, erlaube ich mir, in die Hände des Senatpräsidenten einen Interpellationsauftrag zu legen.

### Die Schulden der Alliierten.

Washington. Der Senatsausschuß für Finanzen billigte den Vorschlag, die Schulden der Alliierten zu konsolidieren. Nachdem die Schuldsolierungen der Finanzkommission bezüglich der Konsolidierung der Schulden der Alliierten im Senat mitgeteilt worden waren, beschloß der Senat eine Resolution, in der vom Staatsdepartement alle möglichen Auskünfte über die finanzielle Lage der europäischen Regierungen verlangt werden, insbesondere über die militärischen Ausgaben.

## Bermischtes.

Das Sofa Napoleons. Wie aus Kopenhagen bei Rena berichtet wird, erschienen dort am 9. Januar, abends gegen 8 Uhr, in einem Auto vier Herren, die sich als französische Offiziere auswiesen und auf die von einem Leutnant des Jenaer Schlachtfeldes von 1806 kamen. Die vier Herren lebten im Götterhaus „Der grüne Baum zur Nachtigall“ ein und veranlaßten dort die Herausgabe des Sofas, auf dem Napoleon vor der Schlacht bei Jena Platz gehalten hatte. Ansehens waren die Kopenhagen so verblüfft, daß sie sich dem Verlangen nicht widersetzten. Es wird aber nicht berichtet, wie die angeblichen Franzosen ihr eigenartiges Verlangen begründet (etwa auf Grund des Friedensvertrages?) und wie sie das Sofa auf dem Auto verladen haben. Die Kopenhagen verzeihen nur resigniert die Tatsache, daß sie um einen historischen Gegenstand ärmer geworden sind. Wenn es sich nicht um eine Anekdote handelt, dürfte Anlaß vorhanden sein, der Angelegenheit auf den Grund zu gehen.

Atmung und Augenleiden. Es ist ein Zeichen einer gährenden Lunge, wenn man den Atem längere Zeit, so ungefähr 40 bis 50 Sekunden anhalten kann. Zwei französische Ärzte haben neuerdings nach dem Bericht der

„Revue“ „Natur und Leben“ vieler Untersuchungen gemacht und festgestellt, daß wenn Störungen in der Atmung vorhanden sind, mögen sie nun von der Lunge oder vom Herzen veranlaßt sein, die Zeitdauer des Atemhaltens beschränkt ist und zwar im direkten Verhältnis zur Schwere der Störung. Patienten mit chronischer Bronchitis oder mit Lungempyem kommen beim Atemhalten meist nicht über 20 Sekunden hinaus, bei Tuberkulose ist die künstliche Atemruhe oft nur bis zu 10 Sekunden herabzusetzen. Mit dem Anhalten der Lunge hat die Zeitdauer der freiwilligen Atemruhe keine Beziehungen, und Personen, die imstande sind, sehr große Luftmengen einzuatmen, können trotzdem unfähig sein, so lange bei sich zu behalten.

Alles ist vom Fingernagel. Gesunde, gut gepflegte Fingernägel gelten für eine besondere Schönheit und das Zeichen einer hohen Körperkultur. Aber zur richtigen Nagelpflege ist eine genaue Kenntnis der Anatomie des Nagels notwendig, die auch die Manicüre-Fünftler nicht immer besitzen. Ein Nagel entspricht der hornigen Oberhaut der Haut und unterscheidet sich von ihr nur dadurch, daß er härter und fester ist; er ist aus einer Anzahl von Schichten polygonaler Zellen aufgebaut und bisweilen sind zwischen diesen Zellen oder in ihrem Innern kleine oder größere Luftblasen, die die weißen Flecken am Nagel hervorrufen. Die halbmondförmige Fläche am dem sichtbaren Ansatze des Nagels tritt beim Laufen am deutlichsten hervor, hebt sich aber auch bei den andern Fingern gewöhnlich deutlich ab. Ueber ihre Entstehung gehen die wissenschaftlichen Ansichten noch auseinander, aber sie scheint durch eine Unburdsichtigkeit des Gewebes der Hornhaut an dieser Stelle verursacht zu werden. Die Schnelligkeit des Wachstums der Nägel ist bei den verschiedenen Menschen sehr verschieden. Im allgemeinen aber wachsen die Nägel schneller bei jungen Menschen und während des Sommers. Man will auch beobachtet haben, daß im Sommer die Nägel der rechten Hand schneller wachsen als die der linken. Das durchschnittliche Wachstum eines Nagels von dem Halbmond bis zur Fingervorhe wird auf vier Monate angegeben, und man hat ausgerechnet, daß die Nägel an Händen und Füßen zusammen etwa 3 Gramm Nagelsubstanz jährlich hervorbringen. Die Schönheit des Nagels wird durch den Druck von allzu engen Handschuhen verringert, die man daher vermeiden muß. Allzu raschem Wachstum der Nägel kann man dadurch entgegenwirken, daß man die Nägel in heißem Wasser, das eine Boraxlösung enthält, erweicht und dann sorgfältig schneidet oder leitet. Ueberhaupt ist eine feste Schere und Meißel bei der Nagelbehandlung vorzuziehen, da durch diese nicht selten unangenehme Verwundungen verursacht werden.

Gegen das „Ratmelich“ der Ärzte. Die wissenschaftliche Ausdruckswelt der Mediziner gleicht einer Geheimsprache, die mit dem „Ratmelich“ der „Fahrenber“ aus veranlagter Not eine gewisse Notwendigkeit hat. Vergewissens bemühen sich manche Ärzte, diesen Notwend von Fremdwörtern ein wenig auszuräumen, und gewiß mag dieses Sprachreinigungsbemühen bei wissenschaftlichen Beschreibungen und gelehrten Schlagsworten nicht immer leicht sein. Es gibt aber auch erhebliche Fremdwörter im alltäglichen Sprachgebrauch, und einige von diesen führt Prof. Dr. Friedrich Zschuppe in der Münchener Medizinischen Wochenschrift an. Da ist z. B. der so viel gebrauchte Patient. Da sieht man in den Krankengeschichten immer wieder dicht hintereinander: Patient war früher gesund, Patient klagt über Kopfschmerz usw. Nicht einmal der Artikel wird den Armen angeblüht. Warum in aller Welt nicht: der Kranke und die Kranke? fragt Zschuppe und fährt fort: „Auch das „Individuum“ könnte in rein ärztlichen Berichten allmählich zu Grabe getragen werden. Wozu: es handelt sich um ein kräftiges „Individuum“ oder um ein launischgeschlossenes „Individuum“, anstatt um einen kräftigen Mann oder um eine kräftige Frau oder um einen launischgeschlossenen Knaben oder ein ebensolches Mädchen.“ Außerdem hat die Bezeichnung „Individuum“ keinen Nutzen, sondern einen unangenehmen Beigeschmack. Man spricht zwar von herabgekommenen Individuen, niemals aber von herausgekommenen, und es ist schon vorgekommen, daß ein einfaches ungeschicktes Individuum das Wort „Individuum“ als Beleidigung aufgefaßt hat.“ Von der Bezeichnung „ästhiologische Momente“ sagt der Verfasser: „Im Sprachgebrauch der Medizin, die sich abtrüben schwerer ins Deutsche übertragen ließe, als in die, obwohl „Vorbereitungstraining“ auch ganz gut ist. Aber warum für das „ästhiologische Moment“ nicht einfach Ursache oder Vorbereitung oder Veranlassung je nachdem? Dazu kommt, daß „ästhiologie“ doch die Lehre von der Ursache, nicht die Ursache selbst bedeutet.“ Ebenfalls liegt der Wahrheit fürdrerlichen Bezeichnung „Proboktator“ eine Verwässerung zugrunde. Etwas ähnlich sollte nur der mit dem Wort bezeichnet werden, der verhältet und vorzorgt. Es wird aber der Schwindsüchtiger überdacht oder der mit der Anlage zur Schwindsucht Befahete oder auch der scho-

## Harte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt.

31

Agnes hob vor einem Moment die Wimpern und streifte des Bruders Gesicht; dann richtete sie ihr Blick hoffnungslos in die Ferne. — Er schlug und sah vor sich nieder, während sie langsam weitergingen. Aber es rührte ihn doch zu sehr, dies stumme, traurige Forchten nach seiner Meinung. Am Ende des Gartens angelangt, blieb er stehen und sah in die Zweige des nächsten Birnbaumes hinauf, die der Spätsommer bereits stark gelichtet.

„Ich würde ja glauben, daß dies von Udo kommt.“ sprach er zögernd. „Aber mit dem hab' ich mich damals auch aus- einandergesetzt.“

„Auseinander?“

„Ja, das heißt, ich sagte ihm, daß er sich nicht um uns zu kümmern braucht. Er meinte es wohl manchmal gut, daß ich er ja bekannt — wenigstens uns — aber das reicht doch immer bloß so weit, wie sein Vater ihm zu meinen erlaubt, und ich verlange ja auch nicht, daß er unersätzlich 'ne andere Ansicht von dem bekommen soll. — Aber, was ich Dir noch erzählen wollte: bei der Gelegenheit sprach er auch von Dir.“

Agnes verzog die Lippen zu einem Lächeln. Aus dem entsetzten Gesicht traten ihre Augen in äußerster Spannung auf Georg; der sah sie nicht an.

„Ich weiß übrigens gar nicht, wo Ihr's auf einmal her hattet, daß er Dir — daß er Dir zu nahe getreten sei. Ganz, Vater läßt sich so was lieber gern von Eblee einbläsen — er kommt doch jetzt wohl noch immer im Waffenhause mit ihm zusammen?“

Agnes bejahte. Ganz flüchtig dachte sie augenblicklich nur an diesen Umstand. Sonst hätte sie darüber viel sagen lassen. Nicht nur, daß der sonst so verständige Mann offensichtlich neuen Stoff zum Kerger in den Gesprächen mit dem verschlagenen Verwalter zu suchen schien — die Gasthausbesuche fielen auch petulant ins Gewicht, wenn man schon an der durch ein Dienstmalter bewiesenen Rücksichtslosigkeit Baumanns vor der Hand noch nicht zu zweifeln wagte.

Aber auch Georg verzogelte, während er die Schwester be-

trachtete, plötzlich einen anderen Gedanken, den der Name Eblee in ihm erweckt. Warum dieser so dringend die Freundschaft ihres Vaters suchte, war niemand mehr ein Geheimnis, ebenso wenig, daß er diesen in Bezug auf seine Wünsche schon hat und halb für sich gewonnen. Und die Lage der Familie war so hoffnungslos, Eblee setzte sich gegen diese so sehr von seiner vorteilhaftesten Seite, daß selbst Georg sich jetzt schon manchmal fragte: Warum sollte Agnes nicht wollen?

„Nun?“ sprach Agnes, der bei dem langen Schweigen des Bruders vollends der Mut auslief; „was sagst du bei der Gelegenheit?“

„Daß ihm Dein Name von jeder viel zu hoch gestanden hat, wie sie er ihn je im Zusammenhang mit solchem Verdacht genannt hätte.“ entgegnete Georg ohne Zögern. Dies war er der Schwester, war er Udo schuldig. Und es bewegte ihn wieder innerlich, als er sie ausatmen sah.

Ausatmen! — Ausatmen hätte sie mögen. Hatte sie doch ein paar Sekunden lang gefürchtet, er würde sich entschuldigend haben, daß er sie irreführt, sein Bedauern ausgedrückt haben, daß er sich habe täuschen lassen. Eine helle Rote überflutete im nächsten Moment ihr Gesicht bis unter die braunen Haarlocken und tanzte sie in wahrhaft entsetzender Scham. „Siehst Du!“ kam es triumphierend über ihre Lippen.

„Aber ich begreife bloß nicht, wie Du selbst — wie Du Wasser konntest so gerührt sehen, ohne ihn aufzuklären, ihm zu widersprechen.“ sagte Georg verzerrt.

Sie wandte den Blick ab. Damals hatte sie selbst nicht gewußt, was sie von Udo glauben sollte. Innerlich gebrochen, wie sie war, hatten die Worte, die man gegen ihn erhob, sie selbst getroffen und vollends zerstückelt. Sie hatte ihn zu verachten. Und jetzt machte es sie selig, daß — wenn er gleich nichts für sie war — er dennoch der war, für den sie ihn stets gehalten, der Reine, der Ritterliche, des Freund, der sie liebte.

„Nun ist es ja vorbei!“ sprach sie mit einem frohen Achseln, sich Georg wieder zuwendend. „Neden wir nicht mehr davon!“

„Ich hätte es Dir eher sagen sollen.“ versetzte Georg, noch bestrügt. „aber weil die Mutter noch immer so krank war — und dann dachte ich auch —“

Er brach ab; aus Sarggefühl vollendete er nicht; ich dachte, Du wärest Dir nichts mehr aus ihm.“ Er sah jetzt wohl, wie es stand. Nur was daraus werden sollte, war ihm nicht klar. Er hatte, als er herging, Udo mit dem Vater nach Reigenthal fahren sehen, wo man heute das Gersteleiserte. Er wußte, was allgemein als nahe bevorstehend erwartet wurde. Ob Agnes es wußte? Aber das brachte er nicht fertig, zumweiten Male mit harter Hand an welche Gesichte zu tasten.

„Nun?“ sprach er, im Begriff, den niedrigen, aus Strauch geflochtenen Baum zu übersteigen, „brauchst Du Geld?“

Sie hörte an seinem deskommenen Ton, daß es ihm selbst knapp sein mochte, wenigstens sie wußte, daß er trotzdem sein letzte Mark mit ihnen geteilt hätte. Die Schwägerin war eine schlechte Wirtin nach ihrer Ueberzeugung, somit hätte sie immerhin doch von seinem Gehalt eine Kleinigkeit erübrigen können. Sie zu Hause lebten ja alleamt von viel geringerem Einkommen. Aber das hatte er natürlich nie gemerkt und sie war immer gewundert, wo das Geld bliebe. So lebte sie dankend ab, und er zog, stilllich erleichtert, die Hand aus der Tasche zurück.

Mit Rührung blickte sie ihm nach, wie er sich jetzt eiligen Schrittes zu den auf dem Hofe arbeitenden drei Männern begab. Mein Gott, ja, sie hatten keinen Taler Wort mehr; aber sie besaß mehrere hübsche Schmuckstücke, mit denen Frau von Lessenheim sie beschenkt, die gern die Güte ihres Gatten, soweit es in ihren sehr geringen Adsten stand, gut machte. In dieser Stunde des Glückes begriff sie auf einmal nicht, weshalb sie sich derselben nicht längst entäußert hatte. Sie malte sich, während sie hineinging, bereits aus, welche Stärkungen sie der gemessenen Mutter dafür beschaffen, und wie sie das bestimmteste Gesicht der guten, alten Schwägerin damit aufstellen würde. Udo achtete sie auch ohne das! Wieder drückte sie die Hände an die Augen, die nicht nur viel gewacht, die noch mehr geweiht hatten in diesen Wochen. Jetzt, wo sein Bild wieder rein vor ihr stand, wo alles wie weggeweht war, was ihr sein Andenken besudelt, stieg wieder leise der schuldige Gedanke in ihr auf, der sie einst an wackeln, läßigen Tagen, fort und fort erfüllte:

„Ich träuf' ich ihn doch einmal an  
Im tiefsten Wald, da niemand ging,  
Es wär' um allen Schmerz getan —“

311



# Die Rede Rathenaus im Obersten Rat.

V. Weiden, 16. Januar. Die dreistündige Rede des Reichsministers a. D. Dr. Rathenau in der Sitzung des Obersten Rates vom 15. Januar wird nachstehend in einem Auszuge wiedergegeben, der sich auf Aufzeichnungen in der Sitzung stützt:

**Der Präsident, meine Herren!**  
Namens der deutschen Regierung danke ich Ihnen, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, vor Ihnen zu erscheinen. Wie erkennen an, daß diese Konferenz neben ihren allgemeinen weltgeschichtlichen Aufgaben es sich zur Aufgabe gestellt hat, zu prüfen, wie die deutschen Leistungen mit der deutschen Weltgeltung in Einklang zu bringen sind. Die deutsche Delegation wird ernsthaft bemüht sein, alle gewünschten Wünsche rückhaltlos und wahrheitsgetreu zu geben. Sie ist darüber hinaus bereit, in dem von ihr geforderten Maß an den Aufgaben, die sich diese Konferenz gestellt hat, mitzuarbeiten. Auch der französischen Regierung danke ich für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der wir Ihre Gäste sind. Ich nehme an, daß es nützlich sein wird, wenn ich, um zeitraubende Verdolmetschungen zu ersparen, mich in den weiteren Ausführungen anderer Sprachen als der deutschen bediene, ohne daß damit für uns ein Präjudiz für den Gebrauch irgendwelcher Sprache geschaffen werden darf. (Die weiteren Ausführungen wurden in französischer Sprache vorgetragen und vom Redner abschnittsweise ins Englische überetzt.)

Es sind uns eine Reihe von Fragen gestellt worden. Die Fragen beziehen sich einmal auf den Umfang der von Deutschland zu bewerkstellenden Sach- und Geldleistungen, die möglich wären, ohne Deutschland „zu verknüppeln“. Die Fragen beziehen sich weiter auf Maßnahmen hinsichtlich der deutschen Finanzen, die sich aus der Erfüllung dieser Aufgaben ergeben werden können, und endlich auf die Maßnahmen Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas. Deutschland ist entschlossen, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Deutschland ist immer ein Land der Ordnung gewesen. Deutschland ist aber durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen. Die anormalen Zustände seiner Lebensbedingungen und seiner Finanzen, die die Folge dieser Ereignisse sind, empfindet Deutschland selbst am schwersten und wünscht, sie zu beseitigen. Es wünscht nicht, den Weltmarkt durch Unterbietungen zu erschüttern.

Die beiden Aufgaben, äußere Leistung und innere finanzielle Sanierung, vor die Deutschland dadurch gestellt ist, widersprechen einander. Um ein Beispiel zu gebrauchen, möchte ich an die Lage eines Schiffskonstruktors erinnern, der gleichzeitig für höchste Kraftleistung und geringsten Kohlenverbrauch seines Schiffes sorgen soll.

Es ist daher schwer zu sagen, die und die Zahlung stellt uns ausreichende und erträgliche Leistung dar. Es muß aber eine Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich ist und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegenkommt.

Wir wissen, daß in Ihrem Kreise Rissen für 1922 genannt worden sind: 500 Millionen für Leistungen in bar und 1450 Millionen für die Sachleistungen einschließlich der äußeren Besatzungskosten. Ich will diese Rissen als Basis meiner Berechnungen wählen. Sollte eine um 220 Millionen höhere Summe genannt werden, so wird das Problem noch weiter erschwert und gefährdet.

Ich komme nun zur Lage der deutschen Zahlungen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es empfängt Rohstoffe, verarbeitet sie und verkauft die verarbeiteten Erzeugnisse. Die Deutschland nach dem Kriege verbleibenden eigenen Rohstoffe sind mit Ausnahme der Kohle unerheblich. Das Salz, von dem so viel die Rede ist, ist nicht so sehr bedeutend. Dazu kommen sehr kleine Mengen von Kupfer und Zink. Von allem anderen, was Deutschland braucht zur Bekleidung, zur Kleidung, zur Nahrung, muß es das meiste im Auslande kaufen.

Deutschland hat daher für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist porbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2 1/2 Milliarden Lebensmitteln und 2 1/2 Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel, die nicht sehr erheblich sind und die es zum großen Teil nicht aus freiem Entschluß, sondern zur Aufrechterhaltung nachbarlicher Handelsbeziehungen erwirbt.

Außerdem sind im Gegenlatz gegen die frühere Lage, in der uns aus Auslandsinvestitionen 1 1/2 Milliarden jährliche Erträge zufließen, jetzt 1/2 Milliarden Goldmark jährlich an das in Deutschland Kapital besitzende Ausland zu zahlen. Die Passivseite der Zahlungsbilanz beträgt also etwa 5 1/2 Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3 1/2 bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo von 2 Milliarden von der Zahlung irgendwelcher Reparation.

Auf Verlangen Lloyd Georges: Es ist ganz richtig, daß infolge des Standes des Weltindex auf 1,5 die deutsche Ausfuhr jetzt 14—15 Milliarden Goldmark betragen müßte, wenn sie dem Vorkriegsstande entspräche. Sie hat sich also auf etwa ein Viertel vermindert.

Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten:  
**Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung.**

Der Ausverkauf von Landessubstanz könnten wir selber nicht hindern. Er ist in großem Umfang vor sich gegangen. Grundstücke, Unternehmungen, Aktien, Obligationen, selbst Hausrat sind vom Auslande unter dem Werte erworben worden.

Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. Sie war unmöglich, da nach Meinung der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren. Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Der Prozeß des Ausverkaufs des deutschen Geldes hat sich zunächst ohne panikartige Folgen bis Mitte 1921 fortgesetzt. Er wurde nicht durch Deutschland ermutigt, sondern durch das Ausland eingeleitet, das mit Recht den inneren Wert der Mark höher einschätzte als den Auslandskurs. Aber Mitte 1921 ereignete sich etwas, was vorauszuweisen war: der Streik der Käufer der Mark. In dem Augenblick, wo man sah, daß wir gezwungen waren, in kurzer Frist eine Goldmark zu beschaffen, mitfin 20 Papiermark zu verkaufen, streckten die Markkäufer die Hände in die Tasche und warteten. So trat der Markkurs ein, und der Dollarkurs stieg von 55 bis zeitweise auf 800.

Man hat bei uns und im Auslande gesagt, dieser Markkurs sei nur die Folge der Inflation und des Verbrauchs der Notenpresse in Deutschland. Das ist ein Irrtum.

## Die Haltung der Franzosen in Washington und Cannes.

Die „Times“ veröffentlicht einen längeren Artikel des Chefredakteurs William Stead, welcher das Blatt auf der Konferenz in Washington und später auf der Konferenz in Cannes betreten hat, über die Haltung der Franzosen auf beiden Konferenzen. Er beginnt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Wenn irgend eine französische Zeitung müßte genau sein sollte, wiederzugeben, was ich zu sagen habe, dann würde das französische Publikum vielleicht eine richtige Vorstellung von der Lage erhalten, die es gegenübersteht. Der Ernst dieser Lage ist durch den Rücktritt Belgiens und durch das vorzeitige Ende der Konferenz von Cannes eher enthüllt als geschaffen worden.

In dem Artikel heißt es weiter: Briand hat während der letzten Woche seiner Regierung den Vorteil genossen, durch mehrere Erfahrungen in Washington und anderswo einige Seiten der Lage seines Landes zu sehen, welche die Mehrheit der Franzosen entweder nicht sieht oder absichtlich übersteht. Bevor nicht die Ansicht der Franzosen mehr der Wirklichkeit entspricht, sei es zweifelhaft, ob die politische Krise in Europa oder die Wirtschaftskrise der Welt erfolgreich behandelt werden könne. Der Beginn der Konferenz von Cannes sei in Washington gewesen. Denn in Washington habe die amerikanische Regierung ihren ganzen Einfluß angewendet, um die amerikanische Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so furchtbare Explosion der amerikanischen Presse gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst den Blinden die Augen geöffnet worden wären.

Nach Ansicht der französischen Nationalisten brauche Großbritannien ein englisch-französisches Bündnis mehr als Frankreich. Zahlreiche Franzosen seien der Ansicht, daß die Lage Englands schmerzhaft sei und daß das Verschwinden der wirtschaftlichen und politischen Macht Englands so weit fortgeschritten sei, daß England, vom französischen Standpunkt aus gesehen, ein weit weniger zu beachtender Faktor geworden sei als je seit Generationen. Das Wesen der Washingtoner Konferenz sei von Frankreich grundsätzlich verkannt worden. Gleichlaufend mit diesen Ansichten gehe der Gedanke, Frankreich sei in wirtschaftlicher Hinsicht zu unabhängig, daß es wirtschaftlich isoliert sein und den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Lage im übrigen Teile Europas mit verhältnismäßiger Gleichgültigkeit hinnehmen könne. Der Gedankengang sei der, daß, wenn Deutschland sich hartnäckig weigere, Reparationen, Geld oder Waren zu leisten, so Frankreich auf eigene Faust mit militärischer Gewalt schafften könne.

Stead bemerkt, es sei schwierig zu sagen, ob dieser Trugschluß nicht die phantastischste der Enttäuschungen sei. Die große Mehrheit der französischen Publikums habe keine Ahnung von der Lage, in die es versetzt worden sei. Es hat während der letzten Tage die Welt durch das verkehrte Ende eines Fernrohrs angesehen, obgleich im ganzen genommen die franz. öffentliche Meinung weder militärisch noch aggressiv sei und die Forderung nicht billige. Er lasse die Frage offen, ob irgend eine französische Regierung, die im gegenwärtigen Augenblick gebildet werden könne, sie befördern, aber bis jetzt nicht zur Geltung gekommenen Tendenzen der französischen öffentlichen Meinung genügend zum Ausdruck werde bringen.

Somit hätte dieser Sturm nicht so plötzlich und in ganz kurzer Zeit eintreten können. Auch hat der Kurs sich, sobald sich wieder etwas Blau am Himmel zeigte, erheblich gebessert. Das Blau am Himmel waren die Nachrichten über die ersten Besprechungen zwischen der britischen und französischen Regierung über eine Regelung unserer Verbindlichkeiten für 1922.

Jetzt komme ich zu einem äußerst wichtigen Punkt. So lange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen ist, ist es unmöglich, irgend ein Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Denn jeder neue Sturz des Kurses hat eine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter, Löhne und Rohstoffe zur Folge. Ein Staatsbudget aber legt sich nur aus diesen drei Posten zusammen.

In diesem Augenblick ist unser Budget für 1922 in Ordnung. Es enthält sogar gewisse Überschüsse, dabei ist aber von den Reparationen abgesehen. Jeder neue Markkurs, jede neue innere Weiserhöhung aber wird dieses Budget gefährden.

Wird damit gerechnet, daß die Reparationslasten erträglich werden, dann kann die Mark steigen und das Maß der Staatsausgaben in Papiermark sinken. Auf der anderen Seite wird die Konkurrenz der deutschen Ware umso gefährlicher, je mehr die Mark sinkt.

Was gibt es nun für Mittel der Befundung? Wie kann man je zu einer Wiederherstellung der deutschen Währung gelangen?

Als Abhilfsmittel könnte man zunächst an eine Reduktion des Verbrauches denken. Diese ist aber kaum erreichbar, da die Mittelklassen und die Arbeiter weit unter dem Stande der Vorkriegszeit leben. Es kann sich also nur um die Steigerung der Produktion und um die Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung ist aber schwer, weil sich andere Völker gegen die Vermehrung der deutschen Einfuhr wehren. Es bleibt das Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordert Zeit bei den infolge des Krieges verschlechterten Bedingungen.

Ich will jetzt im einzelnen von den Lasten sprechen, die auf Deutschland ruhen. Für 1922 beträgt das Budget 85 Milliarden ausschließlich Reparationen und sonstigen Friedensvertragsleistungen. Um diese Last zu balancieren, war es nötig, die Steuerlasten zu verdoppeln.

Ich will hier nicht über die sehr wichtige Frage der vergleichenden Steuerbelastung sprechen. Wir haben Unterlagen vorbereitet und stellen sie zur Verfügung. Ich stelle unter Beweis, daß der Deutsche fernerhin eine schwerere Bürde trägt, als der Bewohner irgend eines anderen Landes, insbesondere der Engländer oder der Franzose.

Um den Staatshaushalt zu konsolidieren, wird es sich zunächst darum handeln, die Reichsbetriebe zu balancieren, Eisenbahnen, Post, Telegraphen. Die Maßnahmen sind ergriffen, um im Jahre 1922 diese Reichsbetriebe ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner handelt es sich um die Beseitigung der Subsidien, die bisher zur Verbilligung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegeben werden mußten. Ich trete in die Einzelheiten nicht ein. Maßnahmen sind ergriffen, die dazu führen sollen, die Subsidien allmählich abzuhängen.

Eine dritte Frage wegen des deutschen Budgets betrifft die Frage des Kohlenpreises. Der Kohlenpreis nähert sich sehr rasch dem Weltmarktpreis. Sobald der Preis des Dollars sich weiter ermäßigt, überschreiten die deutschen

Können. Wenn eine solche Regierung bei uns nicht gebildet werden könne, so werde sie doch dann zustande kommen, wenn erst die Augen des französischen Volkes weiter geöffnet sein werden. England und die Völker des britischen Reiches müssen heute mehr denn je Geduld mit Frankreich haben.

Diese Ausführungen des Chefredakteurs der „Times“ hebt die „Wall Wall and Globe“ unter der Überschrift „Die Befehring der Times“ als auffallende Bemerkung in der Haltung dieses Blattes hervor. Die „Times“ war bisher ein steter Verteidiger der französischen Politik, auch dann, wenn es gewisse Anforderungen an die Heberlegung stellte, um diese Politik vertreten zu können. Wenn die „Times“ die Vertretung dieser Politik überläßt, so sei das ein Zeichen, das für sich selbst spreche.

## Eine englische Abgabe an Italien.

Davos meldet aus Paris: Der italienische Reparationsminister Bonomi hatte in Cannes von den zwischen Lloyd George und Briand geführten Verhandlungen zum Schutze der italienischen Grenzen gehört und dem britischen Ministerpräsidenten geschrieben, ob es nicht angezielt sei, ein Abkommen zum Schutze der Grenzen aller Mitteren zu schließen. In der Antwort des britischen Ministerpräsidenten heißt es: Britische Gräber decken zu Hunderten und aber Hunderten französischen Boden. Das ganze britische Weltreich ist dabei vertreten. Großbritannien hat daher ein ebenso großes Interesse wie Frankreich, zu garantieren, daß die Opfer des europäischen wie auch des französischen Volkes nicht umsonst gewesen sind. Frankreich hat guten Grund, eine Wiederaufnahme des Kampfes zu befürchten. Italien liegt ärmlicher als Frankreich. Denn große, natürliche Schranken bilden keine Grenzen und trennen es von seinen ehemaligen Feinden. Es hat nicht die Bestürzungen zu leiden, von denen die Vertreter Englands und Frankreichs wegen eines nicht verantwortlichen und plötzlichen Angriffes geleidet wurden.

## Besprechungen in Berlin.

Dr. Rathenau halte vorgestern unmittelbar nach seiner Ankunft zunächst mit dem Reichskanzler eine Unterredung und erörterte alsdann im Beisein des Reichskanzlers in längerer Besprechung dem Reichspräsidenten Bericht.

Montag nachmittag fand in der Reichskanzlei die angekündigte Chefbesprechung über die Reparationsfrage statt. An der Sitzung nahmen der Reichskanzler Dr. Brüning und die an der Frage beteiligten Minister teil. Dr. Rathenau erörterte Bericht über den Verlauf der Beratungen in Cannes. Im Anschluß an diese Besprechung hielt der Reichspräsident für auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung ab, in der der Reichskanzler das Wort nahm, um den Vertretern der Länder Mitteilungen über die auswärtige Politik und insbesondere über die mit der Konferenz in Cannes im Zusammenhang stehenden Fragen zu machen. Die Ausführungen des Reichskanzlers waren vertraulich. Am Mittwoch wird der Reichskanzler über dieselben Fragen im auswärtigen Ausblick des Reichstages sprechen. Am Freitag werden sich, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, die Ministerpräsidenten sämtlicher deutscher Länder in Berlin zu einer Konferenz über Innen- und Außenpolitik zusammenfinden, die unter dem Vorhild des Reichskanzlers abgehalten werden soll.

Kohlenpreise den Weltmarktpreis und zwar zu verschiedenen Zeitpunkten, da die Preisverhältnisse der einzelnen Sorten verschieden sind.

Bisher habe ich stets nur von einem Budget ohne Reparationen und ohne die inneren Kosten des Friedensvertrages gesprochen. Wenn ich von den bereits erwähnten 500 Millionen für 1922 aussehe, wenn ich ferner aussehe von Sachleistungen von 1450 Millionen Goldmark und dann noch die inneren Kosten des Friedensvertrages nehme, so komme ich zu folgenden Ziffern:

500 Millionen Gml. zum Kurs von 50 =	25 Milld. Ppmf.
1450	= 72,5 „
Friedensvertragsausgaben	= 88 „
	185,5 „

Diese Summen kämen also zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 88 Milliarden Papiermark. Das Budget würde also etwa 150 Prozent neue Belastung erfordern und sich damit auf 218,5 Milliarden Papiermark belaufen.

Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel:  
**eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Neleanleihe.**

Es wäre unmöglich, da das Land schwerer als seine Nachbarn belastet ist, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Es bleibt also die Frage einer sehr großen Anleihe. Ich glaube, daß man eine derartige Anleihe nicht im Auslande wird machen können. Die City von London hat sich schon geweigert, einen sehr viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch eine Anleihe zu finanzieren. Die Frage einer inneren Anleihe wird sehr ernsthaft erörtert werden. Aber in der gegenwärtigen Situation wird es kaum möglich sein, die notwendigen Reizmittel zu finden, um eine Anleihe auch nur annähernd des erforderlichen Umfangs unterzubringen.

Ich lege Wert darauf, einen Vorwurf zu entkräften, der immer wieder auftaucht und der dahin geht, Deutschland sei doch dasselbe Land, es habe jetzt noch 60 Millionen Einwohner, darunter eine große landwirtschaftliche und industrielle Bevölkerung und reichliche Arbeitsmittel. Es habe keine Arbeitslosigkeit. Deshalb könne dieses tüchtige und angeblich reiche Land keinerlei Zahlungen leisten?

Demgegenüber sage ich, wir haben keine Ersparnisse. Lassen Sie mich einen Augenblick die Frage der Ersparnisse, der national savings, prüfen.

Wenn ich das Deutschland von jetzt und früher vergleiche, so fehlen uns zunächst die Reserven, die wir aus den Anlagen im Auslande hatten. Vor dem Kriege waren wir aus diesen Quellen mit 1,5 Milliarden aktiv, jetzt sind wir mit 1/2 Milliarden passiv. Der zweite Faktor ist der Verlust an Gebiet und Bevölkerung. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben wir daran mehr als 10 Prozent verloren.

Der dritte Faktor ist der bereits erläuterte Rückgang der Ausfuhr. Die Ausfuhr hat sich von 10 Milliarden Goldmark auf 3,5 oder unter Berücksichtigung des Weltindex auf 2,5 Milliarden vermindert. Die Gewinne daraus sind deshalb ebenfalls entsprechend zurückgegangen.

Ein vierter Faktor: Wir verlieren einen großen Teil unserer Rohstoffe, die wir jetzt einführen, und mit Goldmark oder Ausfuhr bezahlen müssen.

Der fünfte Faktor ist der, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr vermindert hat als die Gesamtbevölkerung, und daß gerade landwirtschaftliche Ueberzählgebiete verloren sind.

**Auch der letzte Faktor ist sehr beträchtlich.** Es handelt sich um die Ermäßigung der Zölle und ihres Ertrages, die Deutschland durch Schiffahrt, Außenhandel und Bankverkehr im Ausland lieferte.

Auf Grund dieser Faktoren, wenn sie sich auch a. Z. überdecken, besteht meiner Schätzung nach anstelle eines Ueberflusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, jetzt ein Defizit von 1-2 Milliarden Goldmark jährlich. So leidet das Land sich allmählich auf; es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder die Mittel für Erneuerungen noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungsaumwachses.

Es wird auch die Frage Deutschland gegenüber aufgeworfen, und der Herr Vorsitzende hat sie mit Recht in Erörterung gestellt: **Was tut Ihr mit Euren Waren?** Wenn Ihr sie nicht ausführt, so speichert Ihr sie auf und investiert sie und schafft große neue innere Reichthümer.

Es erscheint sehr paradox, daß ein Land trotz Fehlens von Ersparnissen Waren aufkaufen, bauen und investieren sollte. Ich bitte daher, von der Lage der Arbeitsstundenzahl und ihrer Verwendung in Deutschland sprechen zu dürfen. Ich komme damit auch auf die Frage, was Deutschland mit seinen Arbeitslosen macht, und auf den Verlust an Arbeitsstunden unter der gegenwärtigen Situation.

1. Die Einkünfte aus Kapitalanlagen im Auslande wurden früher bezahlt in Waren, die somit einen fortlaufenden Tribut an Gütern bedeuteten, der in breitem Strom uns ausfloß. Schon nun diese Güter, vor allem Rohstoffe, zu erhalten, die wir früher als laufende Erträge erzielten, müssen wir jetzt arbeiten und Arbeitsstunden aufwenden. Dieser Arbeitsstundenaufwand läßt sich auf 3,75 Milliarden jährlich schätzen.

2. Aus dem Verlust an Gebieten erlaubt sich ein Verlust an Ersparnissen, der sich in einem Nebrandaufwand von einer Milliarde Arbeitsstunden ausdrückt.

3. Man schätzt die Tatsache, daß für die Rohstoffe, die wir einst in unseren Grenzen hatten und die wir jetzt mit der Ausfuhr oder mit Arbeitsstunden bezahlen müssen, und dem dadurch herbeigeführten Aufwand von Arbeitsstunden auf 0,83 Milliarden.

4. Aus der unglücklicheren landwirtschaftlichen Flächenverteilung und der Verschlechterung des Düngemittelbezuges ergibt sich ein weiterer Nebrandaufwand von 1,82 Milliarden Arbeitsstunden.

5. Der Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen (Schiffahrt, Außenhandel und Auslandsbankverkehr) dürfte 1,66 Milliarden Arbeitsstunden betragen.

Der gesamte Nebrandaufwand an Arbeitsstunden, wie er durch die angegebenen Verhältnisse erfordert wird, beträgt danach 9-9,28 Milliarden.

Wenn ich von einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen ausgehe und pro Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahre rechne, so beträgt der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Hier von sind mehr als 9 also für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufwenden brauchten, d. h. fast  $\frac{1}{4}$  der gesamten Arbeitsstunden. Wenn ich diese Summen mit der Zahl der männlichen arbeitenden Bevölkerung in Beziehung setze, so ergibt sich bei uns eine verdeckte Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Millionen Menschen, d. h. 4 Millionen Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. Wenn also bei anderen Nationen eine Arbeitslosigkeit erscheint, die bei uns nicht sichtbar ist, so möchte ich im Gegentheil dazu von einer **unsichtbaren Arbeitslosigkeit** sprechen, die darin besteht, daß 4 Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. Und zwar alles dies vor irrendem Zahlungen von Reparationen. Von einer **Auffweicherung von Reichthümern kann mithin nicht die Rede sein.**

Ich bitte nunmehr etwas sagen zu dürfen über die von Deutschland erwarteten reinen Goldleistungen. Es mag sein, daß meine bisherigen Ausführungen negativ klingen. Wo der Optimismus der Berechnung verläßt, wird Energie und Entschlossenheit zu Hilfe kommen müssen, aber auch hier sind Grenzen gegeben.

Ich knüpfe wieder an die 500 Millionen an, von denen ich schon gesprochen habe. Die reinen Goldleistungen für Deutschland werden aber in jedem Falle viel höher sein als dieser Betrag. Es handelt sich zunächst daneben um den Gegenwert des clearing mit 360-400 Millionen Goldmark. Dann aber handelt es sich um die in Gold zu beschaffende Bezahlung für die Rohstoffe, deren wir zur Herstellung unserer Sachleistungen bedürfen. Denn mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, für die fremder Bezug von Hilfsmaterialien nicht allzu schwer ins Gewicht fällt und die ich daher außer Anlaß lasse, müssen wir für alle anderen Sachlieferungen etwa 25 Prozent des Wertes an Rohstoffen aus dem Auslande beziehen. So komme ich zu weiteren 250 Millionen Goldmark. Wir würden also für 1922 auf eine **Goldleistung von mehr als eine Milliarde Goldmark** kommen, wenn es sich reinbar nur um eine Goldabgabe von 500 Millionen handelt. Wenn es notwendig erscheint, eine so gewaltige Summe von Deutschland zu verlangen, so sollte man die Frage der **Ermäßigung des clearing** und der **inneren Verzinsungskosten** eingehend prüfen.

In jedem Falle aber ist Deutschland durchaus bereit, auf den Weg der **Stabilisierung des Budgets** zu treten, der ihm vorgezeichnet ist.

Die **Erhebung der Zölle auf Goldbasis** soll erfolgen. Die Frage der **Verkehrsstarke** wird 1922 geregelt werden, um das Defizit dieser Wirtschaftszweige auszugleichen. Der **Abbau der Subsidien** ist in die Wege geleitet.

Die **Kohlenfrage** ist schwieriger, weil die Preise sich dem Weltmarktpreise immer mehr nähern.

Was die **innere Anleihe** anbelangt, so wird sie in ernste Erwägung gezogen werden.

Die Frage der **Kapitalflucht** würde hier viel Zeit wegnehmen. Ich bitte deshalb, sie heute zurückstellen zu dürfen, zumal ihre Regelung nur unter Mitwirkung aller Auslandsbanken möglich sein würde.

Was die **Garantien** anlangt, so gibt es meines Erachtens Mittel, um der **Reichsbank** eine größere Autonomie zu geben. Die Reichsbank ist jetzt dem Reichstangler unterstellt, der aber im Laufe von 50 Jahren nur einmal von seinem Eingriffsrecht Gebrauch gemacht hat. Eine weitergehende Verleihung ist möglich. Es wäre aber sehr gefährlich, wenn man anstelle der Verantwortung die **Ueberwachung** setzte. Das würde das freie Verantwortungsgefühl erschüttern und als **Prüfungsfall** die Zentralnotenbanken aller Staaten schädigen.

Man hat uns endlich gefragt, ob wir **mitarbeiten** wollen am **Wiederaufbau Europas**. Deutschland würdigt die hohe Wichtigkeit dieser Aufgabe und ihren Zusammenhang mit der Lage der Weltwirtschaft. Es ist zwar nicht in der Lage, dem Kapitalmarkt der Welt Mittel im Ausmaße reicherer Staaten zur Verfügung zu stellen, immerhin unter den **beachtlichsten Bedingungen** ist Deutschland in der Lage, den ihm zugedachten Teil zu übernehmen. Deutschland ist umso mehr geeignet, am **Wiederaufbau** teilzunehmen, als es mit den **technischen und wirtschaftlichen Bedingungen** und **Gepflogenheiten** des Ostens vertraut ist. Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig. Ein **internationales Syndikat**, und zwar ein **Privatsyndikat**. Deutschland glaubt, daß man die Frage des **Wiederaufbaus** beginnen sollte mit der **Wiederherstellung des Verkehrs** und der **Verkehrsmittel**. Man muß **lobann** an die **Quellen der Produktion vordringen** und vor allem die **bestehenden Unternehmungen wieder neu beleben**. Deutschland glaubt, daß es an der **Entwicklung des Ostens** und der **Mitte Europas**

um so mehr Anteil zu nehmen **berechtigt** ist, wenn seiner **haltung** der **politischen und wirtschaftlichen Entwicklung** gerade dieses östlichen Europas gegenüber. In dem Augenblick, als Deutschland fast am **Ende seiner Kräfte** war nach **Krieg, Niederbruch, Revolution**, hat Deutschland doch der **nationalen und sozialen Desorganisation** widerstanden. **Hätte diese Desorganisation in Deutschland triumphiert**, so wäre sie eine **entscheidende Gefahr** für die **ganze Welt** geworden. Deshalb glaubt Deutschland, sich nicht nur nach **Kräften der Wiederherstellung zerstörter Gebiete des Weltens**, sondern auch mit **Rücksicht auf seine geographische Lage** und **Kenntnis nachbarlicher Verhältnisse** der **Wiederherstellung** von **Ost- und Zentral-Europa** widmen zu sollen, und somit an der **Aufgabe teilzunehmen**, die die **Großmächte** sich im **Einvernehmen** mit diesen **Gebieten** gestellt haben.

### Die ersten 31 Millionen Goldmark.

31 Millionen Goldmark, die nach **Vorschrift der Reparationskommission** am 18. Januar von Deutschland bezahlt werden sollen, werden **bereits heute Dienstag** durch den **Regierungsrat Dr. Hans Meiser** der **Kommission** übergeben werden. Wie das **„Berliner Tageblatt“** aus **unrichtigen Kreisen** hört, hat das **Mitglied der deutschen Kriegslastkommission, Regierungsrat Meiser**, der **Reparationskommission** die **Mittlung** gemacht, daß die **deutsche Zahlung** von **Berlin** aus **bereits überwiesen** worden ist. Im übrigen sind alle **Vorbereitungen** dazu **getroffen**, um auch die **anderen Zahlungen** **pünktlich** einzubahlen.

### Die Einladung für Genua.

» Berlin. Der **italienische Botschafter** überreichte gestern **abend** dem **Reichskanzler** die **Einladung** an die **deutsche Regierung** für die am 8. März stattfindende **Wirtschaftskonferenz** in **Genua**. Der **Einladung** ist der **Text** der **bereits veröffentlichten Entschliessung** beigelegt, die durch die **Konferenz von Cannes** am 8. Januar angenommen wurde. Unter den in dem **Schreiben** zur **Teilnahme** ausdrücklich **ausgeforderten Mächten** werden außer **Deutschland** **Österreich, Ungarn, Bulgarien** und **Russland** genannt.

Nach einer **Meldung** der **„Chicago Tribune“** aus **Washington** hat die **amerikanische Regierung** die **Einladung** der **Verbindeten**, sich in **Genua** **vertreten** zu lassen, **nicht angenommen**.

Die **russische Regierung** bezieht die **Einladung** **Sowjetrusslands** nach **Genua** als **einen Sieg** der **Revolution**, der **aber nicht dazu führen** dürfe, daß die **Anspannung** und **Kampfbereitschaft** der **Arbeiter- und Bauernmassen** auch nur für eine **Minute** nachlasse.

### Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Im **Anschlusse** an die in den **letzten Tagen** veröffentlichte **Gesamtmachung**, betreffend die **neuen Vorschriften** über die **Einkommensteuer vom Arbeitslohn**, teilt das **Landesfinanzamt** noch **folgendes** mit:

Es ist **schon wiederholt** darauf **hingewiesen** worden, daß es **nicht mehr möglich** gewesen ist, die **vom 1. Januar** dieses **Jahres** ab **eingetretene Erhöhung** der **Steuerermäßigungen** für den **Arbeitnehmer**, sowie **Ehefrau**, **Kinder** und **mittlerlose Angehörige**, sowie des **Waisenertrages** zur **Abgeltung** der **nach § 13** des **Einkommensteuergesetzes** zu-

lässigen **Abzüge** auf den **Steuerbüchern** zu **vermerken**. Zur **Verständigung** von **Arbeitnehmern** und **Arbeitgebern** sei **deshalb** mitgeteilt, welche **Jahresgesamtermäßigungen** an die **Stelle** der auf den **Steuerbüchern** **vermerkten Jahresgesamtermäßigungen** **getreten** sind, und welche **Beträge** auf die **einzelne Lohnzahlungsperiode** entfallen.

Die auf dem **Steuerbuche** **vermerkte Jahresgesamtermäßigung** **erhöht** sich **gegenüber** dem auf dem **Steuerbuche** **vermerkten Betrage**

von 800 Mark auf 780 Mark		von 1880 Mark auf 2940 Mark	
360	900	1440	3080
420	1020	1500	3180
480	1140	1560	3300
540	1260	1620	3420
600	1380	1680	3540
660	1500	1740	3660
720	1620	1800	3780
780	1740	1860	3900
840	1860	1920	4020
900	1980	1980	4140
960	2100	2040	4260
1020	2220	2100	4380
1080	2340	2160	4500
1140	2460	2220	4620
1200	2580	2280	4740
1260	2700	2340	4860
1320	2820	2400	4980

Die dem **erhöhten Jahresbetrage** **entsprechende Steuerermäßigung** bei **vierteljährlicher, monatlicher, viertägiger** oder **wöchentlicher, täglicher** oder **zweitägiger Lohn- oder Gehaltszahlung** ist aus **nachstehender Tabelle** zu **ersehen**:

Jahresbetrag laut Steuerbuch	nach den neuesten Sätzen	vierteljährlich	monatlich	viertägig	wöchentlich	täglich	zweitägig	Familienverhältnis
300	780	195	65	81,20	15,60	2,60	0,65	Belig oder verwitwet ohne Kinder
360	900	225	75	86,00	16,00	2,60	0,75	Verheiratet ohne Kinder*)
420	1020	255	85	40,80	20,40	3,40	0,85	Verwitwet mit 1 Kind
480	1140	285	95	45,60	21,60	3,80	0,95	Verheiratet mit 1 Kind
540	1260	315	105	50,40	22,80	4,20	1,05	Verwitwet mit 1 Kind
600	1380	345	115	55,20	24,00	4,60	1,15	Verheiratet mit 2 Kindern
660	1500	375	125	60,00	25,20	5,00	1,25	Verwitwet mit 2 Kindern
720	1620	405	135	64,80	26,40	5,40	1,35	Verheiratet mit 3 Kindern
780	1740	435	145	69,60	27,60	5,80	1,45	Verwitwet mit 3 Kindern
840	1860	465	155	74,40	28,80	6,20	1,55	Verheiratet mit 4 Kindern
900	1980	495	165	79,20	30,00	6,60	1,65	Verwitwet mit 4 Kindern
960	2100	525	175	84,00	31,20	7,00	1,75	Verheiratet mit 5 Kindern
1020	2220	555	185	88,80	32,40	7,40	1,85	Verwitwet mit 5 Kindern
1080	2340	585	195	93,60	33,60	7,80	1,95	Verheiratet mit 6 Kindern
1140	2460	615	205	98,40	34,80	8,20	2,05	Verwitwet mit 6 Kindern
1200	2580	645	215	103,20	36,00	8,60	2,15	Verheiratet mit 7 Kindern
1260	2700	675	225	108,00	37,20	9,00	2,25	Verwitwet mit 7 Kindern
1320	2820	705	235	112,80	38,40	9,40	2,35	Verheiratet mit 8 Kindern
1380	2940	735	245	117,60	39,60	9,80	2,45	Verwitwet mit 8 Kindern
1440	3060	765	255	122,40	40,80	10,20	2,55	Verheiratet mit 9 Kindern
1500	3180	795	265	127,20	42,00	10,60	2,65	Verwitwet mit 9 Kindern
1560	3300	825	275	132,00	43,20	11,00	2,75	Verheiratet mit 10 Kindern
1620	3420	855	285	136,80	44,40	11,40	2,85	Verwitwet mit 10 Kindern
1680	3540	885	295	141,60	45,60	11,80	2,95	Verheiratet mit 11 Kindern
1740	3660	915	305	146,40	46,80	12,20	3,05	Verwitwet mit 11 Kindern
1800	3780	945	315	151,20	48,00	12,60	3,15	Verheiratet mit 12 Kindern
1860	3900	975	325	156,00	49,20	13,00	3,25	Verwitwet mit 12 Kindern
1920	4020	1005	335	160,80	50,40	13,40	3,35	Verheiratet mit 13 Kindern
1980	4140	1035	345	165,60	51,60	13,80	3,45	Verwitwet mit 13 Kindern
2040	4260	1065	355	170,40	52,80	14,20	3,55	Verheiratet mit 14 Kindern
2100	4380	1095	365	175,20	54,00	14,60	3,65	Verwitwet mit 14 Kindern
2160	4500	1125	375	180,00	55,20	15,00	3,75	Verheiratet mit 15 Kindern
2220	4620	1155	385	184,80	56,40	15,40	3,85	Verwitwet mit 15 Kindern
2280	4740	1185	395	189,60	57,60	15,80	3,95	Verheiratet mit 16 Kindern
2340	4860	1215	405	194,40	58,80	16,20	4,05	Verwitwet mit 16 Kindern
2400	4980	1245	415	199,20	60,00	16,60	4,15	Verheiratet mit 17 Kindern

Einem **verheirateten Arbeitnehmer** mit **einem Kinde** unter **17 Jahren** **stand** bisher eine **Ermäßigung** von **800 M.** jährlich **insgesamt** zu. Seit **1. Januar 1922** ist diese **Ermäßigung** **erhöht** auf **1380 M.** jährlich. Bei einem **monatlichen Einkommen** von **1500 M.** würden vom **Arbeitslohn** dieses **Arbeitnehmers** nach den auf dem **Steuerbuche** **abgedruckten Sätzen** **seit** **10%** von **1500 M.** = **150 M.**

\*) **einschließlich mittellose Angehörige.** - **50 M.** - **100 M.** **Steuer** **einkubehalten** **gemein** **sein.** **Nach** **vorstehender Tabelle** **ergibt** **sich** **bei** **den** **erhöhten Beträgen** **ein Steuerbetrag** **von**

**10%** von **1500 M.** = **150 M.** - **115 M.** - **85 M.** **Arbeitgeber** **und** **Arbeitnehmer** **scheiden** **die** **vorstehende Tabelle** **zweckmäßig** **aus** **und** **besten** **sie** **den** **Steuerbüchern** **bei** **oder** **verwahren** **sie** **sorgfältig.**